



Rheinstrasse 31, Postfach  
4410 Liestal

Telefon 061 552 50 51  
E-Mail [monica.gschwind@bl.ch](mailto:monica.gschwind@bl.ch)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung  
und Innovation SBFI

[weiterbildung@sbfi.admin.ch](mailto:weiterbildung@sbfi.admin.ch)

Liestal, 23. September 2015/DR

## **Anhörung zur Verordnung Bundesgesetz für Weiterbildung (WeBiG) – Stellungnahme Kanton Basel-Landschaft**

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit der Anhörung zur Verordnung Bundesgesetz für Weiterbildung (We-BiG). Nachfolgend die Stellungnahme aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft:

### **Einleitende Bemerkungen**

Das am 20. Juni 2014 verabschiedete Bundesgesetz für Weiterbildung (WeBiG) definiert Weiterbildung als strukturierte Bildung ausserhalb der formalen Bildung. Es beschränkt sich als Rahmengesetz auf den Erlass von Grundsätzen und legt übergreifende Kriterien fest. Die Konkretisierung für Teilbereiche der Weiterbildung bleibt weiterhin in Spezialgesetzen erwähnt. Der vorliegende Anhörungsentwurf der Verordnung über Weiterbildung ((WeBiV) beschränkt sich deshalb auf diejenigen Bereiche, für welche das Weiterbildungsgesetz eine Finanzierung vorsieht und deren Kriterien es zu regeln gilt. Finanzhilfen des Bundes sind vorgesehen für Organisationen der Weiterbildung und für die Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen Erwachsener. Es wird darauf verzichtet, die Weiterbildung und damit den Quartärbereich in das schweizerische Bildungssystem einzuordnen. Damit bleibt die Weiterbildung den Anbietern und dem Weiterbildungsmarkt überlassen. Lediglich im Bereich von Grundkompetenzen erhalten Bund und Kantone einen Förder- und Koordinationsauftrag.

### **Würdigung**

Ausreichende Grundkompetenzen von Erwachsenen sind Voraussetzung für die Teilhabe an Bildung, für die Befähigung zum lebenslangen Lernen sowie für den Erwerb und den Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit. Der Kanton Basel-Landschaft begrüsst, dass der Bund diesen wichtigen Bereich finanziell unterstützt und somit den Zugang zu spezifischer Weiterbildung längerfristig auch denjenigen rund 10% der Schweizer Bevölkerung ermöglicht, die Schwächen im Lesen, Schreiben, in der mündlichen Ausdrucksfähigkeit, in Grundkenntnissen der Mathematik und in der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien haben. Diese kantonale Förderung soll auf der Basis von Programmvereinbarungen, analog zu den Integrationsvereinbarungen geregelt werden und ermöglicht dadurch den Kantonen, die Förderung dem individuellen Bedarf und den individuellen Möglichkeiten anzupassen. Interkantonale Formen der Zusammenarbeit bleiben möglich. Diese Flexibilität und die finanzielle Unterstützungsmöglichkeit durch Programmvereinbarungen begrüsst der Kanton Basel-Landschaft sehr.

## Vorbehalt

Der Kanton Basel-Landschaft bringt jedoch vier Vorbehalte zur geplanten Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes auf der Basis der vorliegenden Verordnung ein:

1. Über die quantitative und qualitative Unterstützung des Bundes an den Grundkompetenzangeboten werden keine Angaben gemacht. Es wird lediglich auf den Strategie- und Zielprozess verwiesen. Um dem aktuellen Fachkräftemangel wirkungsvoll begegnen zu können und um den im Verordnungsentwurf Artikel 8 geforderten Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt zu ermöglichen, müssen die vom Bund zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für kantonale Programmvereinbarungen klar definiert sein. Die im Artikel 14 des WeBiG geforderte Zusammenarbeit der Kantone mit der Wirtschaft, Arbeitgebern und Anbietern ist ohne klare finanzielle Rahmenbedingung kaum zielführend.
2. Im Artikel 10 c des WeBiG wird festgehalten, dass durch den Bund die Ausrichtung von Finanzhilfen geleistet wird, wenn die Ziele und die Kriterien der staatlichen Unterstützung der Weiterbildung festgelegt sind. Damit diese Ziele und entsprechende Kriterien festgelegt werden können, müssen zwingend nationale Grobziele definiert und quantifiziert sein. Ebenso muss eine Ab- oder Eingrenzung der zu fördernden Grundkompetenzen definiert werden. Es erscheint uns sehr wichtig, dass festgehalten wird, bis wohin (Kompetenzniveau, GER, etc.) gefördert werden soll.
3. In Artikel 12 des WeBiG sind die Bedingungen für die Finanzhilfe an eine Organisation der Weiterbildung erwähnt. Die im Verordnungsentwurf in Artikel 2 aufgelisteten Leistungen sind sehr allgemein definiert. Ein Auftrag für die Entwicklung von Massnahmen wie z.B. Kampagnen, Sensibilisierungsprojekte etc., welche die Kantone in ihrem Auftrag unterstützen, fehlt gänzlich, eine strategische Ausrichtung ist nicht ersichtlich. In Anlehnung an die Programmvereinbarungen mit den Kantonen sollten auch die Organisationen der Weiterbildung durch Programmvereinbarungen unterstützt werden. Unterstützende Leistungen für die Kantone sollten darin zwingend gefordert sein.
4. In Artikel 19 Absatz 2 des WeBiG wird festgehalten, dass das SBFI einen regelmässigen Dialog mit den massgeblich betroffenen Kreisen der Weiterbildung pflegt. Die Verordnung regelt diesen Grundsatz nicht näher. Die in den Erläuterungen unter 1.2.4 „Statistik und Monitoring“ formulierte Absichtserklärung bleibt zu vage. Hier wird der grundsätzliche Mangel deutlich, dass das neue Weiterbildungsgesetz und seine Verordnung die Weiterbildung nicht im Rahmen der Bildungssystematik betrachtet und auch nicht den Quartärbereich als Ganzes im Blickfeld hat.

## Vorschläge

Folgende im WeBiG erwähnten Bereiche fehlen aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft und müssten deshalb in der Verordnung ebenfalls noch geregelt werden:

- Geeignete Massnahmen zur Koordination der von Bund und Kantonen geförderten Weiterbildung gemäss WeBiG Art. 4 lit e fehlen in der Verordnung. Hier braucht es klare Aussagen zu einem strukturierten Einbezug der Kantone (EDK), welche nebst den in der Verordnung angesprochenen Themen auch die Koordination der Qualität, der Forschung und die allgemeine Entwicklung der Weiterbildung in der Schweiz betreffen.
- Die für die Kantone zur Verfügung stehenden Mittel werden analog zu den Integrationsvereinbarungen durch einen Verteilschlüssel ermittelt und den Kantonen im Vorfeld der Programmerstellung kommuniziert. Der vom SBFI für die 4-Jahres-Periode zur Verfügung gestellte Gesamtbetrag wird rechtzeitig kommuniziert.

- Artikel 8 des Verordnungsentwurfs soll durch folgenden Satz ergänzt werden: *Das SBFI definiert messbare nationale Grobziele, in denen auch die Grenzen der Förderung definiert sind.*
- Die Finanzhilfe an Organisationen der Weiterbildung basiert auf der Grundlage von Programmvereinbarungen, welche auch Massnahmen zur Unterstützung der Kantone beinhaltet. Leistungen der Organisationen im Bereich von Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener orientieren sich zwingend an den zu definierenden nationalen Grobzielen und den strategische Zielen.
- Die Einrichtung eines koordinierten Monitorings über die Weiterbildungsbeteiligung im Dialog mit den massgeblich betroffenen Kreisen der Weiterbildung gemäss Art. 19 Abs. 1 und 2 müssen in der Verordnung konkretisiert werden.

### **Abschliessende Bemerkungen**

Die Befähigung zum lebenslangen Lernen innerhalb der Wissensgesellschaft ist angesichts der raschen technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Voraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben und zur nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt. Sich innerhalb von Veränderungen selbständig und selbstbestimmt weiterzuentwickeln, wird durch die Förderung von Grundkompetenzen auch Personen ermöglicht, denen bis anhin der Zugang zu Bildung und Weiterbildung nicht oder nur teilweise möglich war. Ohne ausreichende Grundkompetenzen ist der Zugang zu Bildung und Weiterbildung nicht gegeben.

Bund und Kantone überlassen das Feld der allgemeinen Weiterbildung - auch der formalen Weiterbildung - den Anbietern. Angesichts der zunehmenden Wichtigkeit des lebenslangen Lernens, der beruflichen und der allgemeinen Weiterbildung und somit des Quartärbereichs im Bildungssystem sind die Fragen des Monitorings und der Statistik konkreter zu regeln und Zuständigkeiten zu benennen. Damit sich die Programmziele der Kantone und der Organisationen der Weiterbildung an den nationalen Zielen und Strategien orientieren und durch Monitoring und Statistik gesteuert werden können, müssen die nationalen Ziele klar und messbar definiert sein. Ebenfalls müssen die zur Verfügung stehenden Mittel frühzeitig bekannt sein, nur so können die Kantone die Organisationen der Arbeitswelt, die Wirtschaft und Arbeitgeber sowie Anbietende für eine wirkungsvolle und nachhaltige Zusammenarbeit gewinnen.

Wir bedanken uns für die Ermöglichung einer Anhörung und hoffen, dass die angesprochenen Vorbehalte und Vorschläge berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse



Regierungsrätin Monica Gschwind

